

„Keine wirkliche Vertrauensbasis“

Professor Michael Staack beleuchtet die transatlantische Politik mit Blick auf die US-Wahlen bei Vortrag in Syke



Michael Staack

Jahrgang 1959, lehrte bis 2024 an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg. Als Forscher und Gastprofessor arbeitete er in den USA, China und Russland. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören

Deutschlands Außenpolitik und europäische sowie globale Sicherheit.

Herr Staack, wie würden Sie den aktuellen Zustand von Deutschlands Beziehung zu den USA beschreiben?

Michael Staack: Unter der Biden-Administration waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen gut und wurden in der Politik sogar, im Kontrast zu Trump I, als sehr gut wahrgenommen. Biden nahm die europäischen Verbündeten ernst. Besonders wichtig war die enge Abstimmung vor und nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. In ihrer besonnenen und eher vorsichtigen Politik im Krieg stimmten Biden und Bundeskanzler Scholz überein. Andere wichtige Fragen wie der zunehmende, auch gegen Europa gerichtete US-amerikanische Trend zum wirtschaftlichen Protektionismus oder der von den USA maßgeblich verursachte chaotische Abzug aus Afghanistan traten in den Hintergrund. Mit Trump II dürften nun eine eiskalte Duschung und ein Strukturbruch bevorstehen, beginnend mit der Amtseinführung.

Warum sind transatlantische Beziehungen, insbesondere zu den USA, überhaupt von Bedeutung?

Die USA und die von Washington geführte NATO sind seit 1949 der zentrale Sicherheitsgarant für die Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schwächte sich diese Rolle ab, ist seit dem russischen Angriffskrieg jedoch wieder so aktuell wie im Kalten Krieg. In grundlegenden Fragen der Weltordnung und in Bezug auf die Demokratie liegen die deutschen und US-amerikanischen Interessen bisher überwiegend dicht beieinander. Zudem sind beide Staaten wirtschaftlich eng verflochten und die USA sind 2024 wieder Deutschlands größter Handelspartner geworden.

Inwiefern sind die transatlantischen Beziehungen auf lokaler Ebene überhaupt spürbar?

Das hängt von kommunalen Partnerschaften und Vereinen ab oder von Unternehmen, die stark auf die USA ausgerichtet sind und ist in der Fläche deshalb sehr unterschiedlich. Auch sind die innereuropäischen Beziehungen oder die nach Asien wichtiger geworden.

Welche Faktoren tragen Ihrer Meinung nach aktuell am meisten zur Spannungsdynamik zwischen Europa und den USA bei?

Die Interessen und die Werte driften auseinander. Daraus ergeben sich grundlegend unterschiedliche Politikansätze. Die USA richten ihren Blick parteiübergreifend immer stärker auf Asien und nicht mehr auf Europa. Das Land ist politisch tief und strukturell gespalten – das dürfte sich noch verfestigen. Man kann aber nicht nur mit einer Hälfte des politischen Spektrums verbündet sein. Die Republikaner in den USA sind unter Trump zu einer Koalition von Rechtspopulisten, traditionellen Konservativen und Rechtsextremen geworden. Zu ihrem Konsens gehört die Akzeptanz der falschen These von der gefälschten Präsidentschaftswahl 2020 und die offene oder stillschweigende Billigung des Sturms auf den Kongress



Die Beziehungen über den Atlantik sind wichtig für Deutschland und Europa. Im Syker Rathaus gibt Professor Michael Staack einen Einblick in den aktuellen Status. FOTO: NICOLAS MAETERLINCK/DPA

im Januar 2021. Trump und viele seiner Anhänger verachten demokratische Spielregeln und Institutionen. Ebenso fehlt der Respekt vor dem Völkerrecht oder Bündnissen. All dies ist das Gegenteil von dem, wofür die Europäische Union stehen will.

Atlantik-Brücke, ein Verein, der 1952 gegründet wurde, um eine wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den USA und Deutschland zu schlagen, hat jüngst in einer Studie festgestellt, dass sich immer weniger Menschen in den USA noch für Deutschland und Europa interessieren. Umgekehrt nimmt dieses Interesse auch ab, ist aber insgesamt noch stärker. Woran liegt das Ihrer Meinung nach? Europa ist schon längere Zeit nicht mehr das Zentrum der Welt, sondern eine wichtige Region unter mehreren. Wirtschaftliche und technologische Dynamiken sind in Asien zu finden, in China, Indien oder Südostasien, ebenfalls in den USA – nicht unbedingt in Europa. Europa wird noch nicht als Museum wahrgenommen, aber es ist schlichtweg nicht mehr so attraktiv. Innerhalb Europas und auch in Deutschland hat sich, beginnend mit der Erweiterung der EU, eine gewisse eurozentrische Provinzialität etabliert. Das Interesse am und das Wissen über den Rest der Welt, nicht nur die USA, nimmt ab. Das muss sich schleunigst ändern.

Auf der anderen Seite versucht Elon Musk vermehrt, sich in deutsche Politik einzumischen und unterstützt eine in Teilen als geschickt rechtsextrem eingestufte Partei. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Im Umfeld von Präsident Trump dürfte Musk damit auf einige Sympathie stoßen. Wie in der Innenpolitik der USA sind auch seine Ak-

tivitäten in der Außenpolitik auf die Förderung seiner Geschäftsinteressen gerichtet. Selbstverständlich gilt die Meinungsfreiheit auch für Elon Musk, ihm kann und muss aber widersprochen werden. Und auch eine Demokratie muss sich Dreckschleudereien gegen ihre Repräsentanten sehr energisch verbitten. Im Übrigen ist niemand gezwungen, auf „X“ zu verbleiben oder einen „Tesla“ zu kaufen!

Welche Folgen könnte diese Einmischung für die transatlantischen Beziehungen haben? Die Folgen können erheblich sein; insbesondere dann, wenn zu vermuten ist, dass Präsident Trump ähnlich denkt. Und erst recht dann, wenn Musk und andere Oligarchen rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien und Bewegungen auch finanziell unterstützen. Ähnliche zeitgeschichtliche Entwicklungen etwa in Russland sollten eine warnende Erinnerung sein.

Welche Initiativen oder Veränderungen wären notwendig, um das Vertrauen zwischen Europa und den USA wieder aufzubauen?

Mit einer Trump-Administration kann es keine wirkliche Vertrauensbasis geben, denn Werte und Interessen sind zu unterschiedlich. Sehr wohl aber einen pragmatischen Umgang. Europa muss sich aus seiner sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA schrittweise befreien und seine wirtschaftlichen Grundlagen modernisieren, wie es der Draghi-Bericht im vergangenen Jahr umrissen hat. Anderenfalls wird Europa in jeder Hinsicht immer abhängiger von den USA und es wird weiter in die weltpolitische Zweitklassigkeit gleiten. Das kann aus europäischer Sicht wohl nicht erstrebenswert sein.

Welche Rolle könnten prominente Akteure, aber auch lokale Entscheidungsträger – Unternehmen, Städtepartnerschaften oder Schüleraustausche – dabei spielen?

Auch wenn meine Prognose für die zwischenstaatlichen Beziehungen sehr skeptisch ausfällt, so bleibt die Stärkung der Beziehung zwischen den Gesellschaften unbedingt wünschenswert. Verbindungen mit dem liberalen Amerika sind ebenso sinnvoll wie mit Trump-Amerika. Austausch kann zu besserem Verständnis führen. Prominente Akteure sind aus meiner Sicht nicht so wichtig wie möglichst viele Verbindungen in gesellschaftlicher Breite. Besonders in Deutschland besteht eine Neigung, prominente Politiker der Demokraten zu idolisieren, zum Beispiel Barack Obama oder jüngst Kamala Harris. Dabei wird ausgeblendet, dass gerade auch solche Akteure eine Mitverantwortung an der politischen Spaltung der USA tragen und ihre wohlklingende Rhetorik oft nicht übereinstimmt mit der dann tatsächlich verfolgten Politik.

Wie stellen Sie sich die transatlantischen Beziehungen in den nächsten fünf bis zehn Jahren vor?

Prognosen abzugeben ist unter den heutigen Bedingungen der Instabilität sehr schwierig. Es empfiehlt sich, in wissenschaftlich unterlegten, alternativen Szenarien zu denken. Auch sind die transatlantischen Beziehungen bedeutsam, aber längst nicht mehr zentral für die globale Politik. Das internationale System befindet sich im Umbruch. Die nach 1945 entstandene Weltordnung ist dringlich reformbedürftig. Aufsteigende Mächte fordern zu Recht mehr Mitsprache – ebenso der globale Süden. Die USA werden noch für längere Zeit politisch, wirtschaftlich und militärisch die wichtigste Weltmacht bleiben; gefolgt von China als Nummer Zwei. Alle diese Faktoren müssen berücksichtigt werden. Entscheidend wird auch sein, ob die rechtspopulistische „Make America Great Again“-Bewegung nach Trump in den USA so bestimmend bleibt. Das ist möglich. Denn selbst wenn die Werte auseinanderdriften, wird es auch künftig gemeinsame Interessen zwischen USA und EU geben. Entscheidend wird sein, ob beide Partner eine gleichberechtigte Partnerschaft wollen. Ob in den USA für Europa nur noch die Rolle eines fügsamen Vasallen vorgesehen ist oder Europa sich aus Trägheit und Gestaltungsunlust selbst in die Zweitklassigkeit begibt. Ich bin nicht übermäßig zuversichtlich, aber das Fenster für ein eigenständiges Europa hat sich noch nicht geschlossen.

Das Interview führte Sarah Essing.

Vortrag im Ratssaal

Die Stadt Syke und die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) laden für Mittwoch, 29. Januar, zu einem Vortrag in den Syker Ratssaal ein. Der Politikwissenschaftler und Professor der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Michael Staack, wird einen Vortrag mit dem Titel „Update transatlantische Politik – mit Blick auf die US-Wahlen“ halten. Staack beleuchtet unter anderem die Fragen, ob die USA eine berechenbare Außenpolitik verfolgen werden, welche Auswirkungen die Wahlen auf die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine haben könnten und wie sich die Beziehung zu China sowie die transatlantischen Partnerschaften entwickeln werden. Im Anschluss wird eine Diskussionsrunde angeboten. Der Vortrag beginnt um 18 Uhr. Die Platzzahl ist begrenzt, daher wird um eine Anmeldung gebeten. Diese wird bis Mittwoch, 22. Januar, unter 04242/164501 oder per E-Mail an vorzimmer@syke.de angenommen. SAE

Wolfssichtung bei Groß Mackenstedt

Berater bestätigt Aufnahmen

VON EIKE WIENBARG

Stuhr-Groß Mackenstedt. An der Straße Am Großen Heerweg im Stuhrer Ortsteil Groß Mackenstedt ist am Montag ein Wolf gesichtet worden. Entsprechende Fotos kursieren in den Sozialen Netzwerken, so in einer Gruppe bei Facebook. Und bei dem Tier handelt es sich tatsächlich um einen Wolf. „Das ist eindeutig“, bestätigt Michael Reich, Wolfsberater für die Landkreise Diepholz, Oldenburg und Vechta, auf Nachfrage des WESER-KURIER. Neben der bei Facebook dokumentierten Sichtung habe es in den vergangenen Tagen noch zwei weitere Sichtungen im Raum Stuhr auch unweit der Autobahn 1 gegeben, die vom niedersächsischen Wolfsmonitoring aufgenommen wurden, so Reich weiter.

ANZEIGE

Ihr neues Garagentor – von Hörmann an einem Tag!
E. Koch · Weyhe · 0 42 03 / 10 56
Heizöl · Baustoffe · Bauelemente

Dass Wölfe in dieser Region gesichtet werden, sei kein Einzelfall mehr, berichtet der Wolfsberater. „Das ist keine Seltenheit“, so Reich. Bereits in den vergangenen Jahren habe es Sichtungen im Raum Stuhr und Bassum gegeben. Bei dem fotografierten Tier handle es sich vermutlich um ein „abwanderndes Jungtier“, sagt Reich. Mit Beginn der Paarungszeit in den Monaten Januar, Februar und März würden Jungtiere ihre Rudel verlassen. „Das passt in die Jahreszeit“, sagt er weiter. Die Jungtiere seien dann „hochmobilität“. „Wahrscheinlich ist das Tier schon 50 Kilometer weiter“, ergänzt Reich.

Auch dass ein Jungtier fotografiert wird, sei nicht ungewöhnlich. „Die Jungtiere sind noch nicht so vorsichtig. Sie flüchten nicht sofort“, sagt Michael Reich. Oftmals warten sie ab, trotten dann weg und schauen sich zur Sicherung noch einmal um. Von dem Tier gehe „keine direkte Gefahr“ aus, sagt Reich weiter. Seitdem der Wolf in Deutschland wieder heimisch ist, habe es keinen Übergriff auf Menschen gegeben. Trotzdem weist er darauf hin, dass es sich beim Wolf immer noch um ein Wild- und Raubtier handelt. Für Tierhalter verweist er auf den entsprechenden Herdenschutz.

In der Region leben laut Angaben von Michael Reich derzeit zwei bestätigte Rudel im Raum Wildeshausen und um Barnstorf. In Niedersachsen sind laut Angaben des niedersächsischen Wolfsmonitorings aktuell etwas mehr als 50 Rudel heimisch. „Wir müssen überall in Niedersachsen mit dem Auftreten rechnen“, sagt Wolfsberater Reich. Weitere Informationen zur Wolfspopulation in Niedersachsen sind online unter www.wolfsmonitoring.com zu finden.

ZEUGEN GESUCHT

Werkzeug im Wert von 35.000 Euro gestohlen

Stuhr. Unbekannte Täter sind im Zeitraum von Freitag bis Montag auf ein Firmengelände an der Werner-von-Siemens-Straße in Stuhr eingedrungen und haben aus Containern Werkzeuge entwendet. Laut Angaben der Polizei durchtrennten sie den Zaun und gelangten so auf das Firmengelände. Dort öffneten sie gewaltsam zwei Container. Aus den Containern entwendeten die Täter diverse Geräte und Werkzeuge im Gesamtwert von mindestens 35.000 Euro. Das Diebesgut muss mit einem Fahrzeug abtransportiert worden sein, so die Beamten weiter. Daher sucht die Polizei Weyhe Zeugen und bittet um Hinweise unter der Telefonnummer 0421/80660. IFR

AN DER WASSERMÜHLE

67-Jähriger wird bei Kollision verletzt

Stuhr-Heiligenrode. Ein 67-jähriger Pedelec-Fahrer ist am Montagmittag gegen 14.55 Uhr bei einem Verkehrsunfall in Heiligenrode verletzt worden. Laut Polizeiangaben wollte eine 87-jährige Autofahrerin an der Kreuzung von der Fanger Straße nach links auf die Straße An der Wassermühle abbiegen. Dabei übersah sie den 67-Jährigen auf seinem Pedelec. Die Fahrzeuge kollidierten und der Fahrer des Pedelecs wurde verletzt. Er wurde vom Rettungsdienst versorgt. IFR

Landgericht Verden reduziert Fahrverbot für 52-Jährige

VON ANGELIKA SIEPMANN

Verden/Stuhr. Den Strafbefehl wollte sie nicht akzeptieren, das Urteil des Amtsgerichts Syke auch nicht. So kam es, dass sich eine 52-jährige Frau aus dem ostwestfälischen Bad Oeynhausen jetzt vor dem Landgericht Verden einfinden musste. Den Grund für die Anklage der Staatsanwaltschaft hatte sie Anfang Juli 2023 bei einer Autofahrt geliefert, die sie besser nicht angetreten hätte. Als sie kurz vor Mitternacht auf der Bundesstraße 51 im Stuhrer Ortsteil Fahrenhorst aus dem Verkehr gezogen wurde, bestätigte sich der Verdacht der Polizisten, die ihr ein Weichen hinterhergefahren waren: Die Frau am Steuer war reichlich alkoholisiert.

Eine wenig später veranlasste Blutprobe ergab fast 1,3 Promille. Damit sei die Frau nicht mehr fahrtüchtig gewesen und habe dies auch „erkennen können und müssen“, stellte das Amtsgericht rund ein Jahr später nach zweitägiger Hauptverhandlung fest. Die Frau wurde wegen fahrlässiger Trunkenheit im Verkehr zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 Euro verurteilt und erhielt zudem ein sechsmonatiges Fahrverbot. Gegen den Strafbefehl, der ihr zu Jahresbeginn ins Haus in der Kurstadt geflattert war, hatte sie Einspruch eingelegt und dann im Prozess von ihrem Schweigerecht Gebrauch gemacht.

Das Urteil wurde prompt angefochten. Zu Beginn der Berufungsverhandlung sah es zunächst so aus, als wolle der Verteidiger der

Frau ein größeres Fass aufmachen. Der Rechtsanwalt aus dem Kreis Minden-Lübbecke sprach von vorangegangenen „Verfahrensfehlern“ und bezweifelte unter anderem, dass die Messung des Blutalkoholgehalts korrekt erfolgt und der Befund ordnungsgemäß dokumentiert worden sei. Doch der Vorsitzende der 5. Kleinen Senatskammer nahm dem Anwalt schnell den Wind aus den Segeln und signalisierte, es sei sicher sinnvoller, sich mit den Rechtsfolgen der gefährlichen Trunkenheitsfahrt zu befassen. An der Geldstrafe sei aus Sicht der Kammer kaum zu rütteln, an der Dauer des Fahrverbots schon eher. Dass ein solches als „Denkzettel“ erforderlich sei, betonte auch der Vertreter der Staatsanwaltschaft.

Schließlich erfolgte die Beschränkung der Berufung auf den sogenannten Rechtsfolgenanspruch. Die vom Amtsgericht getroffenen Feststellungen zum Tatgeschehen waren also rechtskräftig, die Frau räumte damit ihre Verantwortung ein. Die Fahrt sei ein „Riesenfehler in einer saudoofen damaligen Lebenssituation“ gewesen, sagte sie in ihrem letzten Wort. Sie leiste vor allem „quasi Fahrdienst“ für ihren schwerkranken Mann, hatte sie zuvor erklärt. Es blieb bei der Geldstrafe in Höhe von 900 Euro. Das Fahrverbot wurde dagegen auf drei Monate reduziert. Die Frau habe seinerzeit schon ein bisschen Glück gehabt, dass nicht sofort die Einziehung der Fahrerlaubnis erfolgt sei, hieß es in der Urteilsbegründung.